

Antrag

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018

Einzelplan 6.1

Betr.: Gegen die Wohnungsmisere! Für die Beteiligung der Menschen in den Quartieren!

Die unveränderte Misere auf dem Wohnungsmarkt, geprägt durch den wachsenden Mangel an erschwinglichem Wohnraum und insbesondere an Sozialwohnungen einerseits und die anhaltende Mietenexplosion und eine völlig unzureichende „Mietpreisbremse“ andererseits, erfordert einen deutlich stärkeren finanziellen Einsatz der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen,

1. die öffentliche Förderung von Neubauwohnungen mit langfristigen Bindungen auf jährlich mindestens 6.000 zu erhöhen. Nach den Erläuterungen des Senats dauert es in der Regel zwei bis drei Jahre, bevor sich die Erhöhung der Wohnungszahl haushaltswirksam auswirkt. Deshalb wird im Jahr 2018 hierfür eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Bei der mittelfristigen Finanzplanung ist diese Änderung zukünftig zu berücksichtigen. Die zusätzlichen Gelder sollen zweckgebunden vorrangig der Wohnungsbaugesellschaft SAGA GWG sowie den Wohnungsbaugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Die „Kennzahl B 287_11_011 Geförderte Mietwohnungsneubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindungen“ ist anzupassen.
2. in der Produktgruppe 28711 einen Betrag in Höhe von 28 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, um damit eine langfristige Verlängerung der in den kommenden Jahren auslaufenden Bindungen öffentlich geförderter Wohnungen – vorrangig bei der SAGA und den Genossenschaften – zu finanzieren. In 2017 laufen 3.122 Wohneinheiten bei der SAGA GWG und 660 Wohneinheiten bei den Genossenschaften aus der Bindung aus, 2018 werden es bei der SAGA GWG 1.362 und bei den Genossenschaften 1.179 sein (vergleiche Drs. 21/780)

Leben und Zufriedenheit der Bürger/-innen hängen in hohem Maße von der Situation in ihren Stadtteilen ab. Dies gilt erst recht für die neu entstehenden Quartiere, die zudem einen ausschlaggebenden Beitrag für das zukünftige Zusammenleben und die Integration Tausender Neuhamburger/-innen leisten müssen. Es geht unter anderem um den Ausbau der Bildungsinfrastruktur, die Angebote für Familien, der Grünanlagen und Spielplätze, vorrangig in den benachteiligten Gebieten. Und es geht um die Beteiligung der Menschen an der Planung und Gestaltung ihrer Quartiere, was aus Sicht der Fraktion DIE LINKE von zentraler Bedeutung ist.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen,

3. in der Produktgruppe 28713 – Globale Mehrkosten – die Fördersumme für das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) um 10 Millionen Euro jährlich aufzustocken.
4. in der Produktgruppe 28713 für die Verstetigung der bestehenden und das Wirken neuer Quartiers- und Stadtteilbeiräte zusätzlich 1 Million Euro jährlich bereitzustellen.